

Aus der politischen Schmutzlecke ins Establishment: Nach der **Koalitionsempfehlung der Thüringer SPD** für Rot-Rot-Grün ist der Weg für den ersten Regierungschef der **Linken** bereitet. Allerdings muss er auch gewählt werden, und da zeigt sich etwa der Bremer Parteienforscher Lothar Probst im **NP-Interview** skeptisch. Ramelow selbst ist im NP-Interview hingegen guter Dinge. Die **SPD in Berlin** tut die mögliche Koalition als reine **Ländersache** ab.



WIRD ER REGIERUNGSCHEF?
Bodo Ramelow ist guter Dinge.

NPINTERVIEW

„Wir sind und wollen eine Linkspartei sein“

VON DIETER WONKA

Bodo Ramelow erklärt im NP-Interview, wie er sich eine von ihm geführte Regierung vorstellt.

Wird und muss sich die Linkspartei verändern, sollten Sie mit SPD-Hilfe Ministerpräsidenten werden?

Wir wollen Landespolitik in Thüringen gestalten. Die Linkspartei in Thüringen ist Teil der kommunalen Familie mit Oberbürgermeistern, Landrätinnen, Bürgermeistern, Dezernenten. Dieser Teil der Veränderung ist nicht mit Hilfe der SPD eingetreten, sondern ist schon seit mehreren Jahren durch die Wählerinnen und Wähler eingeleitet.

Wie muss sich die Linkspartei in Gänze verhalten und neu justieren?

Erst mal hat die Linkspartei in Gänze beziehungsweise auch unser Parteivorstand die neue Herausforderung auf der Bundesratsebene zu beachten. Was bedeutet das in der Koordination in der Länderkammer? Und da haben wir ja dann mit Brandenburg und mit Thüringen zwei Akzente, die wir mit einbringen können. Also muss es darüber politische Gespräche auf der Vorstandsebene geben. Die Vorsitzenden der drei Parteien und nicht die Ministerpräsidenten müssen die Frage klären, ob im Bundesrat zum Beispiel so ein Thema wie

kalte Progression über den Bundesrat angeschoben werden soll oder nicht.

Hat die SPD den Machtkampf um die Führung im linken Spektrum jetzt endgültig verloren?

Diese Frage ist doch schon durch die Grünen vor über 30 Jahren praktisch beantwortet worden. Die SPD ist aus ihrem Selbstverständnis heraus eine Volkspartei. Wir sind eine Linkspartei. Wir wollen eine Linkspartei sein. Wir wollen auch deutlich machen, dass wir ein bestimmtes Spektrum in unserem gesellschaftlichen Diskurs abdecken, aber nicht das ganze. Die SPD hat da immer schon einen anderen Anspruch. Spätestens seit Godesberg ist das so. Also muss man die Mehrheitsverhältnisse links von der CDU immer wieder ausloten.

Was muss passieren, damit die Linke mit der CDU mal Koalitionsverhandlungen führen kann?

Für Westwähler ist das etwas anders. Auf diese zielt eher die „Schande für Deutschland“-Kampagne, auch um die SPD als Steigbügelhalter für die Linke zu disqualifizieren. Aber wenn die rot-rot-grüne Regierung in Thüringen zustande kommt und ihre Aufgaben macht, wird sich auch das wahrscheinlich schnell wieder normalisieren.

NP PORTRÄT

Gebürtiger Niedersachse war mal Karstadt-Azubi

ERFURT. Wenn Rot-Rot-Grün kommt, kann der 58-jährige Bodo Ramelow Geschichte schreiben: als erster Ministerpräsident, den die Linke 25 Jahre nach dem Fall der Mauer ins Amt bringt.

Vielleicht ist das auch nur mit ihm möglich. „Ich bin so etwas wie ein Mittler zwischen den Welten“, sagt der gebürtige Niedersachse und – in der Linken ungewöhnlich – evangelische Christ. Im niedersächsischen Osterholz-Scharmbeck und Hessen aufgewachsen und in Gießen bei Karstadt als Kaufmann ausgebildet, hat er inzwischen fast so viel Lebens-

zeit im Osten wie im Westen verbracht. In Thüringen wird Ramelow nach 24 Jahren Gewerkschaftsarbeit sowie Parteipolitik für die Linke von niemandem mehr vordergründig als „Wessi“ wahrgenommen. Nicht nur, weil kaum jemand mit so vielen Details über fast alles in dem kleinen Freistaat aufwarten kann wie der derzeitige Fraktionschef im Landtag.

Ramelow, der verheiratet ist und zwei Kinder aus erster Ehe hat, ist ein öffentlicher Mensch: Er bekennt sich zu seiner Legasthenie – unter der Rechtschreibschwäche habe er als Kind sehr gelitten.

Niedersachsens Grüne begrüßen Neuorientierung

HANNOVER. Der in Erfurt geplante Koalitionswechsel findet in Niedersachsen vor allem bei den Grünen Zustimmung. Sie „würden Rot-Rot-Grün in Thüringen begrüßen“, sagte Landespartei-chefin Meta Janssen-Kucz der NP: „Damit können festgefahrene Strukturen in Thüringen verlassen werden und eine politische Neuorientierung stattfinden.“

Zurückhaltender ist SPD-Fraktionschefin Hanne Modder: „Ich gebe von Niedersachsen aus keine Ratschläge nach Erfurt. Die Situation dort ist speziell, und sie ist schwierig; die SPD hat dort nicht die Alter-

native, in die Opposition zu gehen.“

CDU-Fraktionschef Björn Thümler sieht dagegen „ein massives Glaubwürdigkeitsproblem“ bei der SPD: „Wer vor der AfD warnt, darf nicht gleichzeitig mit den SED-Erben koalieren.“ Thümler befürchtet, dass Thüringen „vom Aufsteiger zum Absteigerland wird“.

Davor warnt auch FDP-Fraktionschef Christian Dürr. Das Land habe eine hohe Arbeitslosigkeit: „Thüringen braucht eine wirtschaftsfreundliche Politik, die wird es mit Linken und Grünen in einer Koalition nicht geben.“ *dir*

SPD will keine „babylonische Gefangenschaft“ zur Union

VON GEORG ISMAR UND KRISTINA DUNZ

BERLIN. Die Marschroute des Willy-Brandt-Hauses ist klar: Thüringen habe keine Signalwirkung für den Bund. SPD-Chef Sigmar Gabriel will weitere Unruhe in der Großen Koalition vermeiden. Aber die Hoffnung, dass ein rot-rot-grünes Bündnis in Erfurt keine Auswirkung auf die Koalition mit der Union haben wird, könnte doch etwas trügerisch gewesen sein.

Rund 25 Jahre nach dem Mauerfall und dem Ende der SED könnten SPD und Grüne Bodo Ramelow als erstem linken Ministerpräsidenten ins Amt verhelfen. Obwohl es auch eine knappe Mehrheit für eine schwarz-rote Koalition gäbe. Aber der SPD-Landesvorstand hat den Thüringer Mitgliedern, die das letzte Wort haben, Rot-Rot-Grün empfohlen.

SPD-Vize Ralf Stegner spricht sicher vielen der bundesweit 470.000 Sozialdemokraten aus der Seele, wenn er die Erfurter Entscheidung wie folgt kommentiert: „Es ist gut, dass wir Alternativen haben und uns nicht in babylonische Gefangenschaft zur Union

begeben.“ Wenn das Regieren gut funktioniere, „könnten die Desperados in der Linken, die weder regieren wollen noch können, schwächer werden“. Aber Thüringen sei nicht der Bund.

Der Geschäftsführer der Unionsfraktion im Bundestag, Michael Grosse-Brömer, ist hingegen fassungslos. CDU-Generalsekretär Peter Tauber spricht von einem schlechten Tag für Thüringen. Zwar hatte CDU-Chefin Angela Merkel erklärt, die Landesverbände der Parteien bestimmten über die Koalitionen in ihrem Land – so wie es die CDU in Hessen im Dezember tat, als sie ein Bündnis mit den Grünen einging –, doch die CDU fühlt sich vom Berliner Koalitionspartner und Thüringer Wahlverlierer SPD ausgebootet. Nach, wie sie es sieht, 24 Jahren erfolgreicher Arbeit in Thüringen und einem Wählerauftrag für Christine Lieber-

knecht. Was die CDU auf die Palme bringt, ist für die SPD ein normaler demokratischer Vorgang.

Der Aufstieg der AfD kann, wenn er von Dauer ist, das politische Gefüge verschieben: Union und Grüne hätten es dann schwerer, 2017 eine Mehrheit im Bund zu erreichen. Rot-Grün wäre fast ausgeschlossen, es bliebe vielleicht nur eine erneute große Koalition – oder Rot-Rot-Grün. Beim SPD-Bundesparteitag in Leipzig wurden Bedingun-

gen für ein solches Bündnis 2017 aufgestellt, von der bis heute keine erfüllt wäre. Gabriel bilanzierte jüngst mit Blick auf den russlandfreundlichen Kurs der Linken und das Nein zu Waffenlieferungen in den Nordirak: „Was die Linkspartei in der Außenpolitik macht, das dürfte man in Deutschland nicht machen. Da muss man auf jedes Kanzleramt verzichten.“ Wenn die Linke jemals regieren wolle, müsse sie sich erst mal reformieren.



NPINTERVIEW

„Im Bund sind die Unterschiede zwischen SPD und Linker zu groß“

VON PETRA RÜCKERL

Der Bremer Parteienforscher Lothar Probst ist skeptisch, dass die Wahl von Bodo Ramelow ohne Probleme verläuft.

Rot-Rot-Grün statt großer Koalition – ist das klug von der SPD?

Das muss sich erst noch erweisen. Vor dem Zustandekommen dieser Koalition liegen noch der Mitgliederentscheid der SPD, die Koalitionsverhandlungen und die Wahl des künftigen Minis-

terpräsidenten. Es gibt eine Einstimmigkeit für Rot-Rot-Grün – diese Klippe muss man erst einmal nehmen, auch wenn im dritten Wahlgang die relative Mehrheit reicht.

Wenn es Abweichter gibt, was bedeutet das?

Es würde zeigen, dass die SPD trotz der nach außen gezeigten Geschlossenheit in dieser Frage doch nicht so geschlos-



Lothar Probst

Gibt Thüringen dennoch ein Signal für die SPD-Bundespartei?

Linksbündnisse wurden schon auf ei-nem der letzten SPD-Parteitage befürwortet. Aber selbst wenn es zu Rot-Rot-Grün in Thüringen kommt, gibt es keinen

Automatismus für eine Linkskoalition im Bund. Dafür sind die Unterschiede zwischen Linkspartei und SPD dort zu groß, vor allem in der Außenpolitik – das letzte Beispiel ist die Ukraine-Krise. In Thüringen ist der Unterschied nicht so groß. Bodo Ramelow unterscheidet sich in seinem Profil kaum von manchem SPD-Spitzenpolitiker im Osten, er könnte auch ein Ministerpräsident der SPD sein.

Könnte Ramelow denn Ministerpräsident?

So pragmatisch, wie er ausgerichtet ist, kann er das durchaus meistern. Die Linkspartei hat im Osten den Charakter einer Volkspartei, und das Wahlergebnis in Thüringen war hervorragend. Die Frage ist, wie viel Gegenwind Ramelow etwa von Seiten der Wirtschaft bekommt.

Die CDU spricht schon von einer „Schande für Deutschland“. Kommt das beim Wähler an?

Die „Rote-Socken“-Kampagnen verfangen, vor allem in

Ostdeutschland, kaum noch. Dort ist die Linke eine weit-hin akzeptierte Partei, und man macht keinen Boden damit gut, indem man sie stigmatisiert. Für Westwähler ist das etwas anders. Auf diese zielt eher die „Schande für Deutschland“-Kampagne, auch um die SPD als Steigbügelhalter für die Linke zu disqualifizieren. Aber wenn die rot-rot-grüne Regierung in Thüringen zustande kommt und ihre Aufgaben macht, wird sich auch das wahrscheinlich schnell wieder normalisieren.

War NSU-Mord an Polizistin doch kein Zufall?

Das Terrortrio hatte enge Drähte nach Baden-Württemberg. Kiesewetter wurde in Heilbronn erschossen.

VON CHRISTOPH LEMMER

MÜNCHEN. Im Münchner NSU-Prozess ist gestern wieder der Mord an der Polizistin Michèle Kiesewetter im April 2007 in Heilbronn in den Mittelpunkt gerückt. Zur Anhörung war eine Ermittlerin des Stuttgarter Landeskriminalamts (LKA) geladen.

Detailliert berichtete sie über die engen Bindungen von Neonazis im Lande zu Gesinnungsgenossen in Sachsen und Thüringen – unter ihnen Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und

Uwe Böhnhardt. Alle sechs bis acht Wochen habe man sich in einem Privatkeller in Ludwigsburg getroffen und gefeiert. Als wichtigste Zeugin nennt die LKA-Beamtin eine Frau, mit deren Hilfe sie acht Besuche zumindest von Zschäpe und Mundlos „herausarbeiten“ konnte.

Demnach kamen die beiden zum ersten Mal 1993 zur Ludwigsburger Kellerparty. Der letzte Besuch datiert aus dem Januar oder Februar 2001. Da war das Trio schon drei Jahre im Untergrund und hatte den ersten

von insgesamt neun fremdenfeindlichen Morden verübt. Die Zeugin habe sich an die Daten deshalb so gut erinnert, weil sie diese mit persönlichen Ereignissen verknüpft habe, berichtete die Polizistin – etwa, mit wem sie gerade liiert oder wann sie schwanger gewesen sei. Einige Zeugen hätten davon gesprochen, dass die Treffen alle sechs bis acht Wochen stattgefunden hätten. Als Beleg nannte die Polizistin auch einen Brief von Mundlos. In dem habe er einen Osterbesuch bei den „Spätzles“ erwähnt. Zu den

Partys seien nicht nur die drei gereist, sondern auch andere Mitglieder des harten Kerns der Szene im Osten. Bei den Ermittlungen habe sich auch herausgestellt, dass die Kontakte zwischen den rechtsextremen Gruppen im Osten und Südwesten keinesfalls nur zufällig zustande gekommen seien. Es gebe eine „Schnittstellenperson“, die Anfang der 1990er Jahre vom Osten nach Stuttgart gezogen sei und dort eine Ausbildung absolviert habe. Ob das Trio sich auch an anderen Orten in Baden-Württemberg auf-

gehalten habe, sei nicht restlos aufzuklären gewesen, sagte die Beamtin. Der Mord an Michèle Kiesewetter war nach Erkenntnis der Bundesanwaltschaft der zehnte und letzte Mord des NSU. Die Anklage meint, die Beamtin und ihr bei dem Anschlag schwer verletzter Kollege seien von den Tätern nur zufällig ausgewählt worden. Einige Nebenkläger halten das für unwahrscheinlich und weisen auch auf die Herkunft Kieseweters. Die Polizistin stammte wie das Terror-Trio aus Thüringen.



DAS ZEHNTE OPFER: Im NSU-Prozess rückt der Mord an der Polizistin Michèle Kiesewetter im April 2007 in Heilbronn in den Mittelpunkt.